

AußenwirtschaftsNews – USA

11/2025

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung *AußenwirtschaftsNews* informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf Auslandsmärkten. Die *AußenwirtschaftsNews* gibt es derzeit für unsere Fokus-Regionen USA, Mittel- und Osteuropa sowie China.

1 Konjunktur

- Wegen des Government Shutdowns liegen derzeit keine offiziellen Konjunkturdaten vor. Die folgenden Indikatoren wurden im September zuletzt veröffentlicht.
 - Das Bruttoinlandsprodukt wuchs im zweiten Quartal 2025 auf Jahresbasis final um 3,8 Prozent und damit stärker als der zunächst geschätzte Anstieg von 3,3 Prozent. Nach einem Rückgang im ersten Quartal erholte sich die Wirtschaft somit im zweiten Jahresviertel. Die Verbraucherausgaben stiegen auf Jahresbasis um 2,5 Prozent und die Unternehmensinvestitionen legten um 7,3 Prozent zu. Prognosen erwarten, dass die Wirtschaftstätigkeit im Jahr 2026 etwas anziehen wird, was teilweise auf Trumps Steuergesetz und niedrigere Zinssätze zurückzuführen ist. Die meisten Prognosen erwarten für die nächsten Jahre ein Wachstum von unter zwei Prozent.
 - Das Beschäftigungswachstum in den USA war im Jahresverlauf bis März 2025 weit weniger robust als zuvor gemeldet, und die Zahl der Beschäftigten dürfte um ganze 911.000 nach unten korrigiert werden. Die Revision ergab, dass das durchschnittliche monatliche Beschäftigungswachstum nur etwa halb so hoch war wie der zuvor gemeldete Durchschnitt von 149.000 pro Monat.
 - Der Erzeugerpreisindex sank im August im Vergleich zum Vormonat um 0,1 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr stieg er um 2,6 Prozent. Der Bericht legt nahe, dass die Unternehmen im vergangenen Monat trotz der höheren Kosten durch die verhängten Zölle auf übermäßige Preiserhöhungen verzichteten.
- Trotz des Shutdowns wurden im Oktober [Verbraucherpreisindizes](#) veröffentlicht. Die Gesamtinflation stieg ebenso wie die Kerninflation im September um 3,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr.
- Die Federal Reserve Bank hat den US-Leitzins Ende Oktober erneut um 0,25 Prozentpunkte auf 3,75 bis 4,0 Prozent gesenkt. Sie [begründete](#) den Schritt wie schon im Vormonat mit dem schwächelnden Arbeitsmarkt. Die FED geht davon aus, dass der letzte Anstieg des Preisniveaus ein einmaliger Sprung infolge der Zölle ist, wollte aber nicht ausschließen, dass auch andere Ursachen möglich sind. Die FED betonte, dass eine weitere Absenkung des Leitzinses vor Jahresende keinesfalls selbstverständlich sei. Wegen

des Government Shutdowns lagen auch der FED zu bestimmten Indikatoren keine offiziellen Daten vor.

- Der Government Shutdowns wirkt sich auf die US-Wirtschaft aus. Je länger der Shutdown anhält, desto größer die Auswirkungen. Das BIP wird wahrscheinlich im vierten Quartal wegen des Shutdowns niedriger ausfallen als zu Jahresbeginn prognostiziert, so das [Congressional Budget Office](#). Es sei jedoch davon auszugehen, dass der Großteil der negativen Effekte nicht von Dauer sein wird.
- Das Verbrauchervertrauen in den USA ist im Oktober den dritten Monat in Folge gesunken, da die Erwartungen hinsichtlich der Konjunktur- und Arbeitsmarktaussichten schlechter wurden. Das Vertrauen bleibt unter dem Niveau des Vorjahres, da sich die Verbraucher Sorgen um den Arbeitsmarkt und die Lebenshaltungskosten machen. Die Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung des Arbeitsmarktes schwächten sich ab: Ein größerer Anteil der Verbraucher erwartete in den nächsten sechs Monaten weniger freie Stellen und ihre Aussichten auf Einkommen waren weniger positiv.

2 Handels- und Zollpolitik

- **Zölle auf Stahl- und Aluminiumprodukte (Section 232):** Importeure bestimmter Stahl- und Aluminiumprodukte könnten ab Dezember von neuen Zusatzzöllen betroffen sein. Auf Grundlage von Section 232 erheben die USA zusätzliche Einfuhrzölle auf ausgewählte Stahl- und Aluminiumprodukte. Das US-Wirtschaftsministerium hat im Oktober ein Inklusionsverfahren eingeleitet, um die Liste der von den Zöllen betroffenen Produkte zu erweitern. Der Stahl- bzw. Aluminiumanteil der gelisteten Produkte wird mit den Sec. 232-Zöllen (50 Prozent) belegt. Der Nicht-Stahl- bzw. Aluminiumanteil wird mit den jeweils geltenden reziproken Zöllen belegt. Für in der EU hergestellte Produkte sind das 15 Prozent. Die dem Verfahren zugrunde liegenden [Regelungen](#) sehen vor, dass die zusätzlichen Zölle mit Publikation der neuen Liste in Kraft treten. Es ist davon auszugehen, dass diese Listen im Dezember erscheinen. Die Zollvereinbarung zwischen den USA und der Europäischen Union hatte keine Veränderung bei diesen Zusatzzöllen gebracht. Sie enthielt lediglich eine Absichtserklärung zur weiteren Zusammenarbeit in Bezug auf die Warengruppe.
- **Klagen gegen US-Zölle:** Der Oberste Gerichtshof der USA hat eine Klage gegen einen Teil der von US-Präsident Trump erhobenen Zölle zugelassen. Betroffen sind die sogenannten reziproken Zölle, die auf Basis des Notstandsgesetzes International Emergency Economic Powers Act (IEEPA) gegen eine Vielzahl von Ländern verhängt wurden. Das Verfahren beginnt in der Woche vom 03. November. Eine Entscheidung ist frühestens Ende des Jahres zu erwarten. Die Zölle bleiben bis Abschluss des Verfahrens in Kraft. Zölle, die nicht auf Grundlage des IEEPA erlassen wurden, wären von einer Entscheidung des Supreme Courts nicht betroffen. Das bedeutete, dass auch die Vereinbarung zwischen den USA und der EU von dem Verfahren unberührt bleibt.
- **Handelsvereinbarung zwischen USA und China:** Die USA und China haben im Handelsstreit eine erste Einigung erzielt. Demnach wird China die am 9. Oktober angekündigten

Exportbeschränkungen für Seltene Erden ein Jahr lang aussetzen. China wird darüber hinaus geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Wiederaufnahme des Handels mit Nexperia-Produktionsstätten in China zu gewährleisten und so die Produktion wichtiger Nexperia-Chips für den Rest der Welt zu ermöglichen. Von diesen Maßnahmen profitieren auch bayerische Unternehmen. China wird zudem eine allgemeine Genehmigung erteilen für den Export von Seltenen Erden, Gallium, Germanium, Antimon und Graphit an US-amerikanische Endverwender und deren weltweite Lieferanten. So entsteht ihnen ein Vorteil ggü. bayerischen Wettbewerbern. Die USA setzen im Rahmen der Vereinbarung ausgewählte Zusatzzölle auf chinesische Produkte aus, sodass auf die Mehrzahl der chinesischen Importe ein Zollsatz von 47 Prozent erhoben wird. Darüber hinaus verzichten die USA für ein Jahr auf das Erheben zusätzlicher Hafengebühren für chinesische Schiffe und Fahrzeugfrachter.

- **Bilaterale Vereinbarungen zu Seltenen Erden:** Die USA haben mit [Australien](#) und [Japan](#) bilaterale Abkommen zu Seltenen Erden unterzeichnet. Die Staaten einigten sich auf Maßnahmen zur Sicherung des Angebots wie bspw. Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, Investitionen in Abbau und Verarbeitung, Prüfung & Beschränkung von FDI sowie die der Prüfung von Bevorratung seltener Erden. Des Weiteren haben die USA mit [Thailand](#), [Malaysia](#) weniger umfangreiche und nicht bindende MOUs zu Seltenen Erden unterzeichnet. Mit den Vereinbarungen reagieren die Staaten auf die Dominanz Chinas auf dem Rohstoffmarkt.
- **Bilaterale Handelsabkommen:** Die US-Regierung hat mit [Malaysia](#) und [Kambodscha](#) Handelsabkommen geschlossen. Abkommen mit [Thailand](#) und [Vietnam](#) werden noch verhandelt.

3 Allgemeine Politik

- **Aktualisierte Sicherheitsbestimmungen für die Ein- und Ausreise:** Die USA weiten die Nutzung biometrischer Daten bei der Ein- und Ausreise aus. Alle Reisenden (inkl. Green Card Holder) werden bei der Ein- und Ausreise fotografiert. Die Fotos werden automatisch mit Ausweisbildern abgeglichen. In begründeten Einzelfällen dürfen Fingerabdrücke genommen werden. Das Verfahren soll ab 26. Dezember 2025 genutzt werden, jedoch müssen die technischen Voraussetzungen an einigen Grenzübergängen noch geschaffen werden. Das soll innerhalb der nächsten drei bis fünf Jahre geschehen. Details können der [Ankündigung des Department of Homeland Security](#) entnommen werden.
- **Ausländische Fachkräfte & Visabestimmungen:** Die größte Wirtschaftslobbygruppe des Landes, das US Chamber of Commerce, verklagte die Trump-Regierung wegen der hohen Visagebühren für H1-B-Visa. Walmart, einer der größten Arbeitgeber der USA, hat seine Angebote an Bewerber, die ein H-1B-Visum benötigen, indes ausgesetzt. Dies ist das jüngste Beispiel dafür, wie die 100.000 Dollar teuren Visagebühren der Trump-Regierung die Belegschaften schwächen. Walmart ist unter den großen Einzelhandelsketten der größte Nutzer von H-1B-Visa und beschäftigt laut Regierungsangaben schätzungsweise 2.390 H-1B-VisuminhaberInnen.

- **Kohle statt Klimaschutz:** Im Einklang mit dem Steuer- und Haushaltspaket (One Big Beautiful Bill Act) setzt die US-Regierung [Maßnahmen](#) zur Förderung von Kohleprojekten um. So werden große Flächen in Besitz des Bundes für den Kohleabbau freigegeben, Genehmigungsverfahren vereinfacht und Konzessionsgebühren für Kohleabbau reduziert. Gleichzeitig nutzt die US-Regierung den Government-Shutdown, um 300 Förderbescheide für Projekten zum Ausbau erneuerbarer Energien und Klimaschutz (u. a. CCS) [zurückzunehmen](#). So sollen rund 8 Mrd. US-Dollar eingespart werden.

Ansprechpartner

Marion Zilker

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-482
marion.zilker@vbw-bayern.de
www.vbw-bayern.de

Christoph Kolle

Leiter des vbw Büros New York

Telefon +1 917-216-9569
christoph.kolle@vbw.com
www.vbw.com

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.